



Gastgeber in Stolberg: Regierungspräsident Hans Peter Lindlar eröffnete gestern das Wirtschaftsforum im Zinkhütter Hof. Foto: J. Lange

Lindlar eröffnet Wirtschaftsforum in Stolberg

STOLBERG. „Sie sollen nachhaltig sein und einen ausgesprochen grenzüberschreitenden Charakter haben“, gab gestern Regierungspräsident Hans Peter Lindlar die Zielsetzung vor, als er am Abend im Zinkhütter Hof das Wirtschaftsforum der Bezirksregierung eröffnete. Die vierte Auflage der Interreg-Förderung stand im Mittelpunkt der Veranstaltung der Kölner Bezirksregierung mit rund 200 hochrangigen Vertretern aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft Sozialverbänden und Gesellschaft – darunter auch der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Karl-Heinz Lambertz.

Einen Tag zuvor hatte die EU-Kommission das Programm verkündet. Insgesamt stehen 144 Millionen Euro zur Verfügung. Prioritäten in der Euregio genießen dabei Projekte zur Wirtschaftsstruktur, Wissensförderung und Arbeitsplatz-Schaffung, zu Natur, Umwelt und Energien sowie zur Steigerung der Lebensqualität. Ihnen winken eine 50-prozentige Förderung aus EU-Mitteln und ein 30-prozentiger Landeszuschuss bei einem 20-prozentigen Eigenanteil.

„Die Gouverneure haben gestern beschlossen, der Euregio Rhein-Maas ein stärkeres Gewicht zu verleihen“, kündigte der Regierungspräsident an (Bericht morgen auf der Regionalseite/-jül-)

Zweiter Schlag trifft Prym hart

Kartellstrafe über 40,5 Millionen Euro trotz Kronzeugen-Regelung. „Das Erbe der Erben bewältigen“. Geschäftsführer Andreas Engelhardt sieht in der Bürde auch eine Chance für strukturelle Veränderungen.

VON UNSEREM REDAKTEUR JÜRGEN LANGE

STOLBERG. „Die Höhe der Strafen der Mitbewerber kann uns nicht trösten“, Andreas Engelhardt liegt das gestern verkündete Bußgeld über 40,5 Millionen Euro schwer im Magen. Dennoch ist der Vorsitzende der Geschäftsführung der Prym-Gruppe bereits unermüdlich beschäftigt, einen zukunftsträchtigen Weg aus der Krise zu gestalten.

Mit dem neuerlichen Bescheid der EU-Kommission traf gestern der zweite schwere Schlag innerhalb einer Woche das Stolberger Traditionsunternehmen. 329 Millionen Euro Strafen für sechs Unternehmen und den Fachverband Verbindungs- und Befestigungstechnik hatten die Wettbewerbsbehörden um Kommissarin Neelie Kroes verhängt wegen vier verbotener Kartell-Bildungen im Zeitraum 1977 bis 2003 für Reißverschlüsse, Druckknöpfe, Niete & Co.; und bei allen vier war die Prym-Gruppe mit im Boot.

Gemeinsam mit YKK, Scovill und Raymond Berning & Söhne gab es von 1991 bis 2001 jährliche Preisrunden, die der Fachverband organisierte. Von 1999 bis 2003 legten Prym und YKK für Produkte und Länder Preise fest und teilten sich die Kunden weltweit auf. Von

„Es ist empörend, dass sich die großen Hersteller über einen so langen Zeitraum abgesprochen haben, um künstliche Preisniveaus aufrechtzuerhalten.“

NEELIE KROES
EU-KOMMISSARIN

1998 bis 1999 tauschten Prym, YKK und Coats Preisinformationen aus und verabredeten eine Methode zur Festlegung von Mindestpreisen für Reißverschlüsse. Und von 1977 bis 1998 vereinbarten Prym und Caots, den gesamten Kurzwarenmarkt unter sich aufzuteilen.

„Die Kommission hat Beweise dafür, dass bei allen vier Kartellen die Unternehmensleitungen an regelmäßigen Treffen und Besprechungen teilnahmen“, erklärte Brüssel. Und „sie waren sich der Illegalität ihres Tuns bewusst“. EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes empörte sich gestern, „dass sich die großen Hersteller über einen so langen Zeitraum abgesprochen haben, um künstliche Preisniveaus aufrechtzuerhalten und Kunden sowie Märkte für Produkte, die unzählige Verbraucher alltäglich benutzen, untereinander aufzuteilen“.

Die Sünden der Vergangenheit und die gestrige Entscheidung in

Brüssel treffen die neue Geschäftsführung in Stolberg heute um so härter. Sie möchte mit einem expansiven Kurs die Prym-Gruppe auf Vordermann bringen und in die Zukunft investieren. Enttäuschung macht sich an der Vicht breit angesichts der Tatsache, dass ebenso wie bei den Öhrnadeln – der Europäische Gerichtshof hatte vor einer Woche die Strafe nur leicht um drei auf 27 Millionen

Euro gemildert – im Falle des Reißverschluss-Kartells die Kooperation des Unternehmens nicht stärker gewürdigt wurde. „Diese Entscheidung widerspricht den Einschätzungen aller Fachleute“, sieht Engelhardt die Kronzeugen-Regelung nicht ausreichend genutzt. Die seinerzeit verantwortliche Geschäftsführung der Prym-Gruppe, die heute nicht mehr im Unternehmen tätig ist, habe die

vorgeworfenen Verhaltensweisen stets eingeräumt und bei den Ermittlungen mit der Kommission kooperiert. Sogar ein für die Mitarbeiter herausgegebener verbindlicher Leitfadens zum Kartellrecht dokumentiert inzwischen die neue Unternehmenskultur.

„Die heutige Geschäftsführung hält das gegen Prym ausgesprochene Bußgeld in seiner Höhe für unverhältnismäßig und nicht nachvollziehbar“, kritisiert Engelhardt, der erst seit Oktober 2005 die Geschäftsführung leitet. „Gemessen an der Wirtschaftskraft eines mittelständischen Unternehmens wie Prym ist die Dimension des verhängten Bußgeldes einmalig in der Geschichte der Europäischen Union und steht in keiner Relation zu den bisherigen in vergleichbaren Fällen getroffenen Entscheidungen.“

Immerhin summieren sich die Kartellstrafen jetzt auf 67,5 Millionen Euro und damit auf rund 20 Prozent des Jahresumsatzes. Nur ein Teil ist durch die Bildung von Rücklagen nach der im Dezember 2004 verhängten ersten Strafe gedeckt. Die Bußgelder drohen zu einer Hypothek für die weitere Entwicklung des Unternehmens zu werden.

„Bei aller Sorge über die Höhe ist der eingeschlagene Kurs der

„Gemessen an der Wirtschaftskraft eines mittelständischen Unternehmens ist die Dimension des verhängten Bußgeldes einmalig in der Geschichte der EU.“

GESCHÄFTSFÜHRER
ANDREAS ENGELHARDT

Gruppe richtig und muss zielrecht fortgeführt werden“, blickt Engelhardt bereits in die Zukunft. Konferenzen mit Geldinstituten, Gesellschaftern, Beirat und Leitungsgremien prägten gestern seinen Arbeitstag. Notwendige Investitionen und Expansionen stehen – ebenso wie schon in der vergangenen Woche – weiter zur Disposition. „Wir werden zuerst die Begründung der Kommissionsentscheidung genau analysieren und dann die weitere Vorgehensweise abwarten“, lässt der Geschäftsführer offen, ob erneut der Klageweg gegen Brüssel beschritten wird.

„Es ist eine große Aufgabe, aber eine lösbare“, sieht Engelhardt in der Bürde auch eine klare Chance zu strukturellen Veränderungen. Ihr Ziel soll es sein, nicht nur die Geschichte der Prym-Gruppe erfolgreich fortzuführen und die Altlasten zu bewältigen, sondern auch die erforderliche Investitionen in die Zukunft stemmen zu können.



Sünden der Vergangenheit hinter historischen Fassaden: Das neuerliche Bußgeld belastet die Zukunft der Prym-Gruppe schwer. Foto: J. Lange

86 von 186 Widersprüchen gegen den Steinbruch sind zugelassen

Gültig im Radius von 500 Meter. BI kritisiert „blumige Nebenbestimmungen“.

STOLBERG. Gegen die im Juli von der Kölner Bezirksregierung erteilte Genehmigung für den Neuaufschluss des Steinbruches Breinig/Kornelimünster sind inzwischen 186 Widersprüche eingegangen. „Davon sind 86 als zulässig gewertet, 100 sind unzulässig“, erklärte Behördensprecherin Martina Lopsien auf Anfrage unserer Zeitung. Maßgeblich für die Frage der Zulässigkeit des Widerspruchs ist der Abstand zum Vorhaben. Zugelassen wurden nur Eingaben aus einem Radius von 500 Meter um das Projekt. Dabei gilt als Voraussetzung für einen formalen Widerspruch, dass im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens Einwendungen erhoben wurden.

„Alle 86 zulässigen Widersprüche sind ohne eine weitere Begründung eingegangen“, verwies Lopsien darauf, dass die Bürger angeschrieben und um das Nachrei-

chen einer Argumentation gebeten wurden. Die Bezirksregierung wird die Begründungen abwägen und einen Bescheid erstellen. Gegen diesen kann dann der Rechtsweg beschritten werden. Die als unzulässig gewerteten 100 Widersprüche spielen im weiteren Verfahren keine Rolle mehr.

„Als Verein können wir keinen Widerspruch einlegen“, bedauerte Karin Clauser und zeigte sich positiv überrascht von der Vielzahl der Eingaben, die ein „deutliches Zeichen des Protestes“ gegen die Steinbruch-Genehmigung seien. Die Bürgerinitiative „Rettet das Münsterländchen“, so die Presse-sprecherin, könne „die Einwender nur noch beraten“. Allerdings sei dem Verein nicht bekannt, wer sich an die Kölner Bezirksregierung gewandt habe.

Für Verärgerung hätten insbesondere „viele blumige Nebenbe-

stimmungen“ gesorgt, die zu viel Spielraum für Spekulationen und Auslegungen ließen. „Eine Genehmigung darf keinen Raum für Interpretationen lassen“, kritisierte Clauser. Erst recht dann nicht, wenn sie einen Zeitraum von 50 Jahre betreffe und Betroffene wie Behördenmitarbeiter in diesem Zeitraum wechseln würden.

Auch wenn die Bürgerinitiative den Steinbruch noch nicht habe verhindern können, so wertete Clauser die Arbeit durchaus als erfolgreich: Ursprünglich habe der Betreiber den Neuaufschluss Ende 2002 realisieren wollen, jetzt „sind schon fünf Jahre gewonnen“. Durch die intensive Beschäftigung mit der Problematik hätten auch Verbesserungen eingebracht werden können. (-jül-)

Weitere Infos im Internet unter www.steinbruch-neindanke.de



Guten Morgen

Neulich hatte der Vogelsänger eine längere Fahrt mit seinem Lieblingsunternehmen Deutsche Bahn hinter sich zu bringen. Mit im gut gefüllten Großraumabteil saß eine junge Frau samt Nachwuchs, der friedlich vor sich hinschlummerte. So weit, so gut. Irgendwann allerdings wachte der Kleine auf, und er begann sogleich aus voller Kehle zu schreien. Keine Minute dauerte es, bis sich die ersten Herrschaften ebenfalls lautstark beschwerten. Wo man denn hier sei, etwa im Affenstall und wie ungehörig es doch von dem Balg sei, sich dermaßen asozial zu gebärden. Entschuldigung murmelte die verschreckte Mutter etwas von ersten Zähnen, die ihren Filius zurzeit plagen würden und versuchte wirklich alles, selbigen zu beruhigen. Das reichte allerdings den meisten Mitreisenden nicht, und sie begannen, die arme Mutter wüst zu beschimpfen. Tatsächlich artikuliert auch die mit Laptop und Designertaschen bewaffnete Sitznachbarin des Vogelsängers etwas, das sich verdächtig nach „dem kleinen A. das Maul stopfen“ anhörte. Liebe Leute, natürlich nerven Lärm und Geschrei, aber es war ein Baby, ein kleiner Mensch, der dort geschrien und sich kurze Zeit später auch wieder beruhigt hat. Kein Wunder, dass Deutschland nicht gerade für seine Kinderfreundlichkeit bekannt ist, findet recht betrübt der ...

vogelsänger

KURZ NOTIERT

„Weltkindertag sollte an jedem Tag sein“

STOLBERG. Die bunten Luftballons steigen dem Himmel entgegen. Symbolisch für den Weltkindertag werden sie heute überall an der Welt hoch geschickt. In der Stolberger Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche des Kreises Aachen gibt es sie für die kleinen Klienten das ganze Jahr über. „Denn eigentlich“, sagt Diplom-Psychologin Urte Schink, „sollte das ganze Jahr über Weltkindertag sein.“ Soll heißen: Darauf, mit Kindern vernünftig und doch altersgemäß umzugehen, sollten Erwachsene immer achten.

► BERICHT 5. LOKALSEITE

Textverarbeitung am PC erlernen

STOLBERG. „Textverarbeitung am PC mit Word XP lernen“ – das bietet die VHS in einem Abendlehrgang an acht Abenden ab Donnerstag, 11. Oktober, jeweils von 18.30 bis 21.30 Uhr an. Er richtet sich an Anfänger oder Anwender mit geringen Kenntnissen. Alle grundlegenden Funktionen wie Text eingeben, formatieren, korrigieren, Tabulatoren, Textbausteine, Arbeit mit Tabellen, Text speichern, ausdrucken u.v.m. werden erlernt und praktisch geübt. Infos bei der VHS unter ☎ 862460.

KONTAKT

STOLBERGER ZEITUNG
STOLBERGER NACHRICHTEN
Lokalredaktion:
Rathausstraße 66, 52222 Stolberg,
Postfach 1629, 52204 Stolberg,
Tel. 02402/12600-30, Fax 02402/12600-49,
e-Mail:
lokales-stolberg@zeitungsverlag-aachen.de
Jürgen Lange (verantwortlich), Michael Grobusch,
Ralph Boschan.
Leserservice: 0180 1001 400
Anzeigen Geschäftskunden:
Markus Cepuran 02402/959614
Verlagszweigstelle/Anzeigenannahme:
Rathausstraße 66, 52222 Stolberg,
Tel. 02402/95960, Fax 02402/27275.
Öffnungszeiten: Mo. und Do. 8.30 bis 18 Uhr, Di.,
Mi., Fr. 8.30 bis 17 Uhr, Sa. 9.30 bis 12 Uhr



IGM-Chef von Prym-Urteil überrascht

Der Besuch des IG Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters (r.) in der Geschäftsstelle Stolberg-Eschweiler sollte ein freudiger werden. Doch bei der Besichtigung der Firma Facab-Lynen und der anschließenden Delegierten-Versammlung in Eschweiler wurden Peters ebenso

wie Geschäftsführer Helmut Wirtz (l.) von der Bußgeld-Entscheidung der EU-Kommission gegen die Prym-Gruppe überrascht. „Wir müssen erst die Details und mögliche Konsequenzen analysieren“, erklärte Wirtz auf Anfrage (Bericht folgt). (-jül-)/Foto: P. Nowicki